

Die polnische Krise 1970/71¹

Christa Hübner

Am Morgen des 14. Dezember 1970 traten etwa 60 Beschäftigte zweier Abteilungen der „Lenin-Werft“ in Gdańsk aus Protest gegen eine drohende Erhöhung der Verbraucherpreise in den Streik. Schnell breitete sich der Ausstand in der Werft aus und erfasste bald andere Betriebe der Stadt. Auch in anderen Orten an der Ostseeküste kam es zu Arbeitsniederlegungen. Die Streiks wurden von der Staatsmacht niedergeschlagen, sie führten aber auch zum Rücktritt des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza; PVAP) Władysław Gomułka und zur Installierung einer neuen Parteiführung unter Edward Gierek. Die nach 1990 begonnene juristische Aufarbeitung der als „polnische Dezemberkrise“ in die Geschichte eingegangenen Ereignisse vor vier Jahrzehnten dauert bis heute an.

Krisenauflöser „Preisoperation“

Den unmittelbaren Anlass für die Streiks an der Küste boten Preisänderungen für mehr als 40 Produkte, vor allem Lebensmittel. Eine Anhebung der Preise erfolgte unter anderem bei Fleisch, Mehl, Milch (für die Winterzeit), Fisch, Obstprodukten, Kohle und Koks sowie bei verschiedenen Textilien. Als „Rekompensation“ sollten die Preise für einige industrielle Konsumgüter, zum Beispiel Kunstfasergewebe und -schuhe, Wirkwaren, Fernseher, Tonbandgeräte, Radios, Kühlschränke, Waschmaschinen, Staubsauger, Nähmaschinen, Arznei- und Waschmittel, gesenkt werden. Doch stiegen die Preise um 13 bis 30 Prozent, während die Preissenkungen nur etwa fünf bis zehn Prozent ausmachten. Unterm Strich bedeutete das einen deutlichen Anstieg der Lebenshaltungskosten. Davon waren vor allem materiell schlechter gestellte Familien betroffen, denn bei ihnen machten Lebensmittel einen besonders hohen Anteil am Haushaltsbudget aus.

Den Beschluss zu der „Preisoperation“² vom Dezember 1970 hatte formal der polnische Ministerrat am 12. des Monats gefasst,³ doch war die eigentliche Entscheidung schon zuvor im PVAP-Politbüro gefallen. Wann die Vorbereitungen dazu begannen, ist unklar.⁴ Vieles spricht aber dafür, dass dies, wie der für Polen

1 Der nachfolgende Aufsatz basiert auf: Peter Hübner/Christa Hübner: Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968-1976. Mit einem Beitrag von Christoph Boyer zur Tschechoslowakei, Köln-Weimar-Wien 2008, bes. Kap. 5, S.133-194.

2 Jerzy Eisler: Grudzień 1970: geneza, przebieg, konsekwencje [Dezember 1970: Genese, Verlauf, Konsequenzen], Warszawa 2000, S.78.

3 Siehe Andrzej Paczkowski: Pól wieku dziejów Polski (1939-1989) [Ein halbes Jahrhundert der Geschichte Polens (1939-1989)], Warszawa 3. Aufl. 1998, S.384.

4 Siehe Eisler, Grudzień, S.71-73.

Zuständige im ZK der KPdSU, Piotr Kostikow, in seinen Erinnerungen schreibt, systematisch und im Stillen seit 1969 erfolgte.⁵

Die Vorbereitungen zur Preismaßnahme fanden vor dem Hintergrund einer Wirtschaftsreform statt, die ebenfalls 1969 in Angriff genommen worden war. Sie erinnerte in gewisser Weise an die „Strukturpolitik“ Walter Ulbrichts in der DDR.⁶ Die polnische Reform zielte auf eine Politik des „selektiven Wachstums“, bei der die Investitionsmittel auf Wirtschaftszweige konzentriert werden sollten, die als Träger des technischen Fortschritts galten. Ein Bestandteil war auch die Einführung eines neuen „Systems der materiellen Interessiertheit“, dessen Umsetzung nach Konzeptionsstadium und den nötigen organisatorischen Maßnahmen mit dem Beginn des neuen Fünfjahrplans 1971 bis 1975 vorgesehen war. Da das neue „System der materiellen Interessiertheit“ und die Wirtschaftsreform insgesamt die Gefahr sinkender Reallöhne in sich bargen, wurden sie in den Betrieben „allgemein für einen weiteren Versuch gehalten, die Ausbeutung der Arbeiterklasse ohne entsprechende finanzielle Rekompensationen zu steigern.“⁷ Die Vorbereitungsarbeiten für die Preisänderungen liefen also mit denen zur Wirtschaftsreform parallel.

Das Politbüro diskutierte das Preisthema am 30. Oktober 1970 während einer nicht protokollierten Sitzung. Vier Tage vorher hatten die Teilnehmer ein geheimes Material mit dem Titel „Erste Grundsätze zur Erhöhung der Einzelhandelspreise für Fleischwaren und tierische Fette“ erhalten, das in Tabellenform auflistete, was teurer und was billiger werden sollte. Widerspruch zur Preismaßnahme gab es nicht.⁸ Am 16. November 1970 tagte das Sekretariat des ZK und berief für den 14. Dezember 1970 das 6. ZK-Plenum der Partei ein. Der geheime Teil des dort zu haltenden Referats über die „Veränderung der Einzelhandelspreise für einige Marktartikel“ sollte den ZK-Mitgliedern „erst am Vortag der vorgesehenen Preisveränderungen zugesandt“ werden. Auch beschloss das Gremium, „an alle Parteigrundorganisationen einen Brief des Politbüros des ZK zu senden, in dem der gefasste Beschluss erklärt und begründet wird.“ Auf Parteiversammlungen am 12. und 13. Dezember sollten dieser Brief verlesen und Fragen beantwortet werden.⁹ Die entscheidende Beratung des Politbüros vor den Preiserhöhungen fand am 11. Dezember statt. Den Erinnerungen des Protokollanten der Politbürositzungen Stanislaw Trepczyński zufolge kam es zu zahlreichen

5 Siehe Piotr Kostikow/Bohdan Roliński: *Widziane z Kremla*. Moskwa – Warszawa. Gra o Polskę [Aus dem Kreml gesehen. Moskau – Warschau. Das Spiel um Polen], Warszawa 1992, S.127.

6 Zu dem nach dem PVAP-Wirtschaftssekretär „Jaszczuk-Reform“ genannten Vorhaben siehe Hübner/Hübner, *Sozialismus*, S.58-66.

7 Janusz Rolicki: *Edward Gierek – Życie i narodziny legendy* [Edward Gierek – Leben und Geburt einer Legende], Warszawa 2002, S.155.

8 Siehe Eisler, *Grudzień*, S.72-74.

9 Protokoll Nr. 25 der Sitzung des Sekretariats des ZK der PVAP vom 16. November 1970, in: Pawel Domański (Hrsg.): *Tajne dokumenty Biura politycznego. Grudzień 1970* [Geheime Dokumente des Politbüros. Dezember 1970], London 1991, Nr. 2, S.7f.

Polemiken. So seien Parteichef Gomulka und Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz heftig aneinandergeraten.¹⁰ Letztlich bestätigte das Politbüro aber das Referat und die Rede, die PVAP-Wirtschaftssekretär Boleslaw Jaszczuk auf dem Plenum halten sollte, und auch den Brief an die Parteigrundorganisationen.¹¹

Die PVAP-Führung beschloss die Preisveränderungen in einer wirtschaftlich angespannten Lage. Die ökonomische Situation hatte sich im zu Ende gehenden Fünfjahrplan 1966 bis 1970 für viele Menschen kaum verbessert. Die Einkommen der Bevölkerung waren in dieser Zeit nur wenig gewachsen. Die Real-löhne hatten durchschnittlich nur um zwei, 1968 bis 1970 sogar nur um 1,4 Prozent zugenommen.¹²

Besonders problematisch war im Dezember 1970 die Erhöhung der Fleischpreise, lag doch deren letzte Anhebung im November 1967 erst drei Jahre zurück. Damals hatte man gehofft, „das Wachstumstempo des Fleischverbrauchs an die realen Möglichkeiten unserer Wirtschaft anzupassen“.¹³ Doch dieses Ziel wurde nicht erreicht. Bereits 1969/70 kam es erneut zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Fleischprodukten. So notierte Mieczysław F. Rakowski, Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Polityka“ und Kandidat des ZK, am 1. September 1970 in seinem „Politischen Tagebuch“: „Die Schlangen vor den Läden werden immer länger, die Menschen sind ermüdet vom ewigen Jagen nach einem Stückchen Fleisch.“¹⁴ Für Jerzy Eisler sind – nach 1956 – die Jahre 1968 bis 1970 (außer der Zeit des Kriegszustandes

10 Siehe Jerzy Eisler/Stanisław Trepczyński: Grudzień 70 wewnątrz „Białego Domu“ [Der Dezember 70 im „Weißen Haus“], Warszawa 1991, S.92.

11 Siehe Protokoll Nr. 18 der Sitzung des Politbüros des ZK der PVAP vom 11. Dezember 1970, in: Tajne dokumenty, Grudzień 1970, Nr. 3, S.8-10, hier S.9.

12 Siehe Janusz Kaliński: Przemiany strukturalne w gospodarce polskiej w latach 1944-1970 [Die strukturellen Umgestaltungen in der polnischen Wirtschaft in den Jahren 1944-1970], Warszawa 1993, S.143; Andrzej Jezierski/Barbara Petz: Historia gospodarcza Polski Ludowej 1944-1985 [Wirtschaftsgeschichte Volkspolens 1944-1985], Warszawa 1988, S.268.

13 O aktualnych problemach zaopatrzenia rynku. Referat Biura Politycznego na X Plenum KC PZPR, wygłoszony przez tow. Stefana Jędrychowskiego [Zu aktuellen Problemen der Marktversorgung. Referat des Politbüros des ZK der PVAP, gehalten von Gen. Stefan Jędrychowski], in: X Plenum KC PZPR. O aktualnych problemach zaopatrzenia rynku. 24 listopada 1967 r. Podstawowe materiały [X. Plenum des ZK der PVAP. Zu aktuellen Problemen der Marktversorgung. 24. November 1967. Grundlegende Materialien], Warszawa 1967, S.7-42, hier S.24. Ausführlicher zu den Preisänderungen 1967 siehe Hübner/Hübner, Sozialismus, S.34-39.

14 Mieczysław F. Rakowski: Dzienniki polityczne 1969-1971 [Politische Tagebücher 1969-1971], Warszawa 2001, S.237. Zum Fleischproblem in der Volksrepublik Polen siehe Jerzy Kochanowski: „Wir sind es schon gewöhnt“. Einführung in die gesellschaftlich-moderisierenden Hintergründe des „Fleischproblems“ in der Volksrepublik Polen, in: Hermann Weber (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007, Berlin 2007, S.337-355.

von Dezember 1981 bis Juli 1983) in der Geschichte der Volksrepublik Polen „die trübesten, die die geringste Hoffnung auf ein besseres Morgen gaben“. ¹⁵ Ein Gefühl, dass „das Land auf der Stelle tritt“, breitete sich aus. ¹⁶

Da sich die Parteiführung bewusst war, wie unpopulär die beabsichtigte Preisaktion war, bereitete sie im Vorfeld auch sicherheitspolitische Maßnahmen vor. Auf der Stabsitzung des Innenministeriums am 9. Dezember informierte der stellvertretende Minister Tadeusz Pietrzak über die bevorstehenden Preisveränderungen. Er teilte mit, dass Innenminister Kazimierz Świątala einen Stab mit dem Zweck berufen hatte, „Ordnung und Sicherheit im Land im Zeitraum vor und nach der Preisregulierung zu gewährleisten“ und die Aktionen der Einheiten zu koordinieren. Die Aktion des Innenministeriums erhielt die Bezeichnung „Herbst 70“. ¹⁷

Wie beschlossen, fanden am 12. Dezember in den Betrieben und Institutionen Versammlungen der Parteigrundorganisationen statt, auf denen der Brief des Politbüros verlesen wurde. Weil die Parteiführung damit rechnete, dass auch viele Parteimitglieder der Preiserhöhung ablehnten, nahmen in den größten Industriebetrieben Vertreter der zentralen Parteigremien an den Versammlungen teil. ¹⁸ In seinem Brief führte das Politbüro die Preiserhöhungen und -senkungen sowie die Rekompensationsmaßnahmen detailliert auf. Dabei verschwieg es nicht, dass bei Durchschnittsfamilien die Realeinkommen sinken würden, allerdings wurde der Rückgang nur mit 1,5 Prozent beziffert. Auch existierten nach Ansicht der PVAP-Führung „alle Bedingungen dafür, dass dieser Rückgang schnell aufgeholt wird.“ Die Preisänderungen ordnete das Politbüro ein in die „Linie unserer Bestrebungen, in alle Zweige der Ökonomie die Grundsätze rationalen Wirtschaftens einzuführen“. Ziel sei es, „nicht nur zeitweilig auf dem Markt auftretende Störungen und Mängel zu beseitigen, sondern, was wichtiger ist, künftig der Konsumstruktur eine solche Richtung zu geben, die den Bedürfnissen der Bevölkerung eines immer mehr industrialisierten Landes entspricht.“ Die gegenwärtig „wichtigste Aufgabe“ aller Parteimitglieder und -organisationen sei es, „allen Werktätigen die Ursachen und richtigen Ziele zu erklären, durch welche sich Partei und Regierung leiten ließen, diese schwerwiegenden Entscheidungen zu treffen“. ¹⁹

15 Eisler, Grudzień, S.42.

16 Mieczysław F. Rakowski: *Przesilenie grudniowe, przyczynek do dziejów najnowszych [Dezemberwende. Ein Beitrag zur neuesten Geschichte]*, Warszawa 1981, S.20.

17 Siehe Notiz über die Sitzung des Stabes am 9. Dezember 1970 um 16 Uhr, in: Jerzy Eisler (Hrsg.): *Grudzień 1970 w dokumentach MSW [Der Dezember 1970 in Dokumenten des Innenministeriums]*, Warszawa 2000, Nr. 1, S.23-26, hier S.23f. Die Notiz trägt den Vermerk „Geheim von spez. Bedeutung“ und wurde nur in zwei Exemplaren ausgefertigt. Siehe auch ebenda, S.27-38 die Notizen über die Stabsberatungen vom 10. bis 13. Dezember 1970.

18 Siehe Eisler, Grudzień, S.81.

19 Abgedr. in: *Tajne dokumenty, Grudzień 1970*, Nr. 4, S.10-17, Zitate S.17.

Die Parteiversammlungen am 12. Dezember verliefen überall in ähnlicher Weise. Die Mitglieder äußerten „Enttäuschung“, „getäuschte Hoffnung“, aber auch „Wut“ und „Empörung“, andere nahmen die Information mit „Apathie“ hin.²⁰ Ein Bericht, der im Februar 1971 in der Zeitschrift „Życie Literackie“ (Literarisches Leben) erschien, gab die emotional sehr angespannte Situation wieder: „Putzfrauen weinten, sprachen über die Kinder, über leere Töpfe [...] einer der Sekretäre verlas das, was zu verlesen war, und bekannte, dass er geknickt ist. Er verlor einfach den Glauben. Er wusste nicht, was weiter zu den Menschen zu sagen ist, wie es zu sagen, wie zu leben ist.“²¹ Auf die Bekanntgabe der Preiserhöhung reagierten manche PVAP-Mitglieder auch mit dem Parteiaustritt. Rückblickend begründete ein Beschäftigter der Eisenbahnreparaturwerke in Gdańsk diesen Schritt so: „Nach allem, was geschehen war, stellte ich autoritativ fest, dass mein Platz nicht in der Partei sein kann. Ich verhielt mich folgendermaßen: Ich nahm den Parteiausweis, entfernte das Bild und – ich erinnere mich genau – schrieb ein Gesuch zur Streichung aus der Liste der PVAP-Mitglieder, weil für die Fehler, die vom Zentralkomitee und vom 1. Sekretär gemacht wurden, alle Mitglieder in gleichem Maße verantwortlich sein sollen und man abdanken muss.“²² Ähnlich ablehnende Reaktionen wie bei den PVAP-Mitgliedern zeigten sich generell in der Bevölkerung, nachdem sich schnell herumgesprochen hatte, aus welchem Anlass die Parteiversammlungen stattfanden. Eine offizielle Information gab es erst nach Ladenschluss am späten Abend des 12. Dezember. Schon am nächsten Tag traten die Preisänderungen in Kraft. Zusätzliche Erbitte- rung rief die Tatsache hervor, dass die Preiserhöhungen kurz vor den Weihnachtseinkäufen erfolgten.

Am Montag, dem 14. Dezember 1970, beriet in Warschau das 6. Plenum des Zentralkomitees. Im Referat des Politbüros, in den von Parteichef Gomulka und Wirtschaftssekretär Jaszczuk gehaltenen Reden und ebenso in den meisten Diskussionsbeiträgen ging es auch um die Preispolitik. Da sich die Parteiführung im Klaren war, wie sensibel vor allem die erneute Anhebung der Fleischpreise aufgenommen würde, äußerte sich Gomulka ausführlich zu diesem Thema. Er verwies auf die übermäßige Nachfrage nach Fleisch und Fleischwaren, die es bei den bisherigen niedrigeren Preisen gäbe, jedoch ohne – zumindest in der veröffentlichten und damit der Bevölkerung zugänglichen Fassung der Rede – die Preiserhöhung vom Herbst 1967 zu erwähnen. Wenig Hoffnung machte er auf eine schnelle und grundlegende Verbesserung der Lage, denn das Fleischproblem

20 Siehe Eisler, Grudzień, S.87f.

21 Barbara Seidler: Gdańsk – Gdynia: Grudzień – Luty [Gdańsk – Gdynia: Dezember – Februar], aus: Życie Literackie, Nr. 995, 21.2.1971, abgedr. in: Rewolta Szczecińska i jej znaczenie. Dokumenty [Die Szczeciner Revolte und ihre Bedeutung. Dokumente], Paris 1971, Anhang Nr. 19, S.255-265, hier S.255.

22 Roman Detlo: November 1981, in: Grudzień 1970 [Dezember 1970], Paris 1986, S.170-179, hier S.178.

könne nur durch eine höhere Tierproduktion gelöst werde.²³ Einige Redner ließen anklingen, dass die Preiserhöhung nicht problemlos verlaufen war. Niemand ging aber darauf ein, dass die ablehnende Haltung der Bevölkerung in Gdańsk bereits zu Streiks geführt hatte. Władysław Gomułka war davon schon kurz nach Beginn des Plenums in Kenntnis gesetzt worden war. Bis zu dessen Schluss erfolgte keine offizielle Mitteilung, dennoch kurz nach 12.00 Uhr wussten „alle aus verschiedenen informellen Quellen“, dass „was vor sich geht“.²⁴ In den Korridoren habe es gebrodelt, und die Teilnehmer hätten sich „wenig für die offiziellen Reden“ interessiert, schrieb Franciszek Szlachcic, damals ZK-Mitglied und stellvertretender Innenminister, in seinen Erinnerungen.²⁵ Józef Tejcma, 1970 Sekretär des Zentralkomitees, berichtete von einer „surrealistischen Atmosphäre“, in der das Plenum stattgefunden habe.²⁶

*Streiks an der Küste*²⁷

Wie die Streikentscheidung der beiden Abteilungen der Leninwerft in Gdańsk in der Frühe des 14. Dezember 1970 zustande gekommen war, schilderte später ein damals 33-jähriger Arbeiter: Die Beschäftigten der Abteilungen S-3 und S-4 hätten sich „in einem Kreis von fünfzehn oder sechzehn Personen“ getroffen, um zu beraten, wie „ein Streik zu machen und der Gesellschaft zu zeigen ist, dass wir es satt haben, dass der Arbeiter, wenn er an der Macht ist, seine Meinung auch zu diesen höheren Sphären haben sollte. Wir vereinbarten: Wir versuchen es und nehmen am Montag die Arbeit nicht auf. Wir sprachen über die Konsequenzen, welche uns erwarten konnten. [...] Aber letztendlich entschieden wir, dass wir es versuchen.“²⁸

Die Arbeiter forderten, die Preiserhöhung zurückzunehmen und die Arbeitsnormen zu ändern. Um 8.00 Uhr, zwei Stunden nach Beginn der Arbeitsniederlegung, war die Zahl der in beiden Abteilungen Streikenden von 60 auf 200 Arbeiter angestiegen; auch Beschäftigte anderer Abteilungen legten die Arbeit nieder. Gegen 9.00 Uhr hatten sich vor dem Direktionsgebäude mehrere hundert Personen versammelt. Nachdem eineinhalb Stunden später in Absprache mit der

23 Auszüge aus der Rede von Władysław Gomułka in: *Trybuna Ludu*, 15.12.1970, S.1. Wesentliche Passagen der anderen Redebeiträge, in: ebenda, 15. bis 17.12.1970.

24 Eisler/Trepczyński, *Grudzień 70*, S.77, siehe auch Eisler, *Grudzień*, S.99.

25 Franciszek Szlachcic: *Gorzki smak władzy. Wspomnienia* [Der bittere Geschmack der Macht. Erinnerungen], Warszawa 1990, S.127.

26 Józef Tejcma: *Pożegnanie z władzą* [Abschied von der Macht], Warszawa 1996, S.85, zit. nach: Eisler, *Grudzień*, S.99.

27 Die ausführlichste Beschreibung der Protestes bietet Eisler, *Grudzień*, der in den Kapiteln III-IX (S.95-338) für den Zeitraum vom 14. bis 20. Dezember 1970 jeweils einen Tag detailliert behandelt. Siehe auch das Ende Januar 1971 für das Politbüro ausgearbeitete „Kalendarium der Ereignisse an der Küste“ über den Zeitraum vom 13. bis 23.12.1970, in: *Tajne dokumenty*, *Grudzień 1970*, Nr. 10, S.39-85.

28 Marian Zieliński, Mitarbeiter der Lenin-Werft, im Juni 1981, in: *Grudzień 1970* (Paris), S.153-157, hier S.153.

Werftleitung die Telefonverbindung mit der Stadt unterbrochen wurde, beschlossen die Werftarbeiter, vor das Wojewodschaftskomitee der PVAP zu ziehen. Kurz nach 11.00 Uhr verließen etwa tausend Menschen die Werft; ihrem Zug schlossen sich unterwegs weitere Personen an. Vor dem Gebäude des Wojewodschaftskomitees verlangten sie das Erscheinen des 1. Sekretärs. Da dieser sich wegen der ZK-Tagung in Warschau aufhielt, trat an seiner Stelle der Wojewodschaftssekretär Zenon Jundzill vor die Menschenmenge. Sein Appell wurde schlecht aufgenommen, nicht zuletzt, weil er die Versammelten mit „Genossen“ ansprach. Zudem ging das falsche Gerücht um, dass eine im Gebäude befindliche Arbeiterdelegation verhaftet worden sei. Ein allgemeiner Streik wurde verkündet und für 16.00 Uhr eine weitere Kundgebung einberufen.

Gegen 13.00 Uhr flogen Vizepremier Stanislaw Kociolek, der bis Juli Wojewodschaftsparteichef gewesen war, und sein Nachfolger Alojzy Karkoszka von Warschau nach Gdańsk. Ungefähr eine Stunde später wurde Kociolek informiert, dass Einheiten der Bürgermiliz (Milicja Obywatelska; MO), also Polizeikräfte, in die Aktion einbezogen werden sollten. Um 15.50 Uhr marschierte die MO auf. Sie sollte den auf dem Weg zur Kundgebung vor dem Wojewodschaftskomitee befindlichen und auf einige tausend Teilnehmer angeschwollenen Demonstrationzug blockieren. Es kam zu ersten Zusammenstößen. Vor dem Wojewodschaftsgebäude wuchs die Menge auf mehr als 10.000 Personen an. Die Miliz versuchte, die Demonstranten mit Wasserwerfern, Knallkörpern und Tränengas auseinanderzutreiben; nach einigen Berichten fielen auch erste Schüsse. Auf beiden Seiten eskalierte die Situation. Jugendliche versuchten mindestens zweimal, das Wojewodschaftsgebäude in Brand zu stecken. Schließlich gelang es ihnen, die Druckerei im Keller anzuzünden. Allmählich drängten Milizionäre die Menge ab. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen waren von „verhältnismäßig zahlreichen Fällen“ von Brandstiftungen, Diebstählen und Plünderungen begleitet.²⁹ Es gab mehrere Versuche, Barrikaden zu errichten; an einer Kreuzung wurde ein großer Stapel unter anderem aus Propagandamaterial der Partei angezündet. Zwar waren am 14. Dezember in Gdańsk keine Todesopfer zu beklagen, doch wurden Dutzende Menschen verletzt. Zahlreiche Festnahmen erfolgten.

Am Morgen des 15. Dezember begannen sich die Proteste auszubreiten. In weiteren Gdańsker Betrieben wie dem Hafen, der Reparaturwerft und den Eisenbahnreparaturwerken ruhte nunmehr die Arbeit. Zu Streiks kam es auch in den Küstenstädten Gdynia und Elbląg, ab dem Nachmittag war zudem Słupsk davon erfasst. Streikkomitees wurden gewählt, es gab weitere Kundgebungen und Massenversammlungen.

In Gdańsk brannte um 8.00 Uhr das Gebäude des Wojewodschaftskomitees der PVAP, vor dem sich am Tag zuvor die Demonstranten versammelt hatten. Armeeeinheiten wurden herangeführt, Schüsse fielen, das erste Todesopfer war zu beklagen. Die folgenschwere Entscheidung, den Sicherheitskräften ab 12 Uhr

²⁹ Eisler, Grudzień, S.118.

mittags den Einsatz von Schusswaffen zu gestatten, hatte Władysław Gomułka um 9.00 Uhr auf einer in Warschau unter seiner Leitung stattfindenden Krisensitzung getroffen.

Die Streiks und Unruhen an der Küste hielten auch an den folgenden Tagen an. Besonders viele Todesopfer kostete es, als am Morgen des 17. Dezember in Gdynia das Militär vor der blockierten Werft auf Arbeiter der Frühschicht schoss. An diesem Tag traten auch die Werftbelegschaften in Szczecin in den Streik. Zweitägige Straßenmanifestationen wurden ebenfalls blutig niedergeschlagen. Dennoch waren am 19. Dezember von den Streiks in Szczecin 74 Betriebe erfasst. Die Proteste in der Stadt hielten bis zum 22. Dezember an.

Die Unruhen in den Küstenstädten verliefen überall ähnlich: Die Arbeiter gingen auf die Straße und griffen öffentliche Gebäude an. Neben MO-Kräften wurde stets auch die Armee eingesetzt. In die Aktion waren etwa 27.000 Soldaten, 1.300 Panzer und Panzerfahrzeuge sowie rund 100 Flugzeuge und Hubschrauber einbezogen. Nach offiziellen Angaben wurden bis zum Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen am 18. Dezember 41 Menschen getötet, darunter 17 in Gdynia und 15 in Szczecin; es gab weit über tausend Verletzte. Die Miliz nahm mehr als 3.000 Personen fest.³⁰

Warum es zu den Protesten gerade in Gdańsk und anderen Städten an der polnischen Ostseeküste kam, war eine Frage, die sich auch die PVAP-Führung schon kurz nach Beginn der Proteste stellte. Das nach Gdańsk entsandte Politbüromitglied Zenon Kliszko gestand ein, „dass wir es selbst nicht verstehen“. Er machte jedoch darauf aufmerksam, „dass junge Arbeiter bei den Zwischenfällen am engagiertesten und aktivsten waren, aber über die Stimmungen in dieser Gruppe von Menschen wussten wir früher nichts.“³¹

Junge Arbeiter bis 25 Jahre stellten einen beträchtlichen Anteil an den Beschäftigten der betroffenen Betriebe. Das lag vor allem am raschen Wachstum der Betriebsbelegschaften in der Werftindustrie. 1969 wiesen in der Lenin-Werft von Gdańsk und in der Werft „Pariser Kommune“ von Gdynia 30 bzw. 40 Prozent der Arbeiter eine Bebetriebszugehörigkeit von höchstens fünf Jahren auf. Die Fluktuation war erheblich. Arbeitskräfte zogen vor allem aus anderen Regionen zu; viele kamen vom Dorf. Es gelang nicht, die Infrastruktur entsprechend dem Beschäftigungswachstum auszubauen. Der Mangel an Wohnungen und an Plätzen in Kindereinrichtungen war noch spürbarer als in anderen Landesteilen.

In der Werftindustrie waren zudem immer wieder Konflikte über die Verdiensthöhe sowie die Verteilung von Prämien und Auszeichnungen aufgebrochen. Infolge einer Beschränkung der Überstundenzahl war 1970 für ein Drittel der Belegschaften in den Werften von Gdańsk und Gdynia eine Lohnminderung eingetreten. Zeitgleich nahmen die Gehälter der Leitungskräfte deutlich zu. Zum

30 Siehe Paczkowski, *Pól wieku*, S.390.

31 Protokoll Nr. 25/70 der Sitzung der Exekutive des Wojewodchaftskomitees Gdańsk der PVAP am 15. Dezember 1970, in: *Tajne dokumenty Grudzień 1970*, Nr. 5, S.18-21, hier S.19.

Problem wuchs sich die bereits 1969 eingeleitete Reduzierung von Belegschaften aus. Aus 32 Betrieben der Wojewodschaft Gdańsk wurden in diesem Jahr insgesamt 1.767 Personen entlassen, darunter 1.485 Arbeiter. Ursprünglich sollte jedoch vor allem das Verwaltungspersonal reduziert werden. Außerdem kam es im vierten Quartal 1970 in vielen Betrieben von Gdańsk und Gdynia zu ersten Zulieferschwierigkeiten bei Rohstoffen und Anlagen. Unzufriedenheit und Empörung, heißt es im Bericht des Sicherheitsdienstes von Szczecin für 1970, rufe die Ratlosigkeit der Machtorgane angesichts der für alle offensichtlichen ökonomischen Missstände hervor.³²

So spielten 1970 an der polnischen Ostseeküste außer den landesweit wirkenden in besonderem Maße auch regionale und zweigtypische Krisenfaktoren eine Rolle. Sie bargen zusammengenommen eine beträchtliche politische Sprengkraft in sich. Als Mitte Dezember 1970 die Preiserhöhung erfolgte, war dies der Funke am Pulverfass.

Die von den Arbeitern an der Küste im Dezember 1970 vorgebrachten Forderungen waren sowohl materiell-existenzieller als auch politischer Natur. Die bekanntesten wurden die am 17. Dezember von den Streikkomitees der Warski- und der Reparaturwerft in Szczecin gemeinsam erhobenen 21 Forderungen.³³ Beschäftigte anderer Betriebe der Stadt erklärten sich mit den Werftarbeitern solidarisch und unterstützten deren Forderungen.

Zentral war die Forderung, die Preise auf das Niveau vor dem 12. Dezember zu senken, teilweise wurde auch eine Wiederherstellung des Preisniveaus von 1967 verlangt. Außerdem forderten viele Belegschaften deutliche Lohnerhöhungen, meist zwischen 20 und 30 Prozent. Zu den mehrfach vorgebrachten Forderungen gehörten die nach der Fünftagearbeitswoche, der Angleichung des Krankengeldes der Arbeiter an das der Angestellten, also auf 100 Prozent, nach gleichen Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte sowie nach der Senkung des Rentenalters für Frauen auf 55 und für Männer auf 60 Jahre. Gefordert wurde auch, die niedrigsten Löhne und Renten sowie die Familienbeihilfen anzuheben, einen einjährigen bezahlten und dreijährigen unbezahlten Mutterschaftsurlaub bei Fortdauer des Arbeitsverhältnisses einzuführen. Angesichts der schwierigen Wohnungssituation zählten auch der Bau von mehr Wohnungen und eine gerechte Verteilung des knappen Wohnraums zu den häufiger gestellten Forderungen. So verlangten die Beschäftigten eines Direktionsbüros der Warski-Werft: „Im Zusammenhang mit der schwierigen Wohnungssituation fordern wir eine Zuteilung von Wohnungen an die Bürger zu einem Termin längstens bis fünf

32 Siehe dazu Andrzej Glowacki: *Kryzys polityczny 1970 roku* [Die politische Krise 1970], Warszawa 1990, S.24-31; Kazimierz Kozłowski: *Od Października '56 do Grudnia '70. Ewolucja stosunków społeczno-politycznych na Wybrzeżu (1956-1970)* [Vom Oktober '56 zum Dezember '70. Die Entwicklung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse an der Küste (1956-1970)], Szczecin 2002, S.378f., 447-449, 454.

33 Siehe *Grudzień (Paris)*, S.437f. In etwas abweichender Fassung auch in: *Rewolta Szczecińska*, Anhang Nr. 4, S.196f.

Jahre, ohne Berücksichtigung des ausgeübten Berufes und der Position.³⁴ Zu den allgemeinen kamen nicht selten gruppenspezifische Postulate.

Zu den wichtigsten politischen Forderungen zählten verständlicherweise diejenigen, die direkt mit den Streiks und den gewaltsamen Zusammenstößen mit der Staatsmacht zusammenhingen. Man verlangte vor allem die Festgenommenen freizulassen, auf jegliche rechtliche oder berufliche Konsequenzen gegenüber den Streikenden zu verzichten und den Beschluss über den Schusswaffengebrauch öffentlich zurückzunehmen. Die Streikenden forderten die „Bestrafung der Schuldigen für das Massaker an den Arbeitern, die für die gerechte Arbeitersache kämpfen“, und das „Verbot, auf unbewaffnete arbeitende Massen zu schießen“.³⁵ Weitere Postulate zielten auf eine Rücknahme der „Bezeichnung von Arbeitern als Rowdys in der Presse, im Fernsehen und im Radio [...] und die Bestrafung jener, die sie so nannten“.³⁶

Zu den zentralen politischen Forderungen der Szczeciner Arbeiter gehörte die nach dem Rücktritt des Zentralrats der Gewerkschaften (Centralna Rada Związków Zawodowych; CRZZ), dem auch andere Belegschaften große Bedeutung beimaßen. Weil der CRZZ „niemals für die Verteidigung der arbeitenden Massen eintrat“, sollten unabhängige Gewerkschaften als tatsächliche Interessenvertreter der Arbeiterklasse geschaffen werden.³⁷ Vielfach wurde auch das Streikrecht verlangt.³⁸ Andere Postulate richteten sich genereller auf Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, so auf den Rücktritt der an der ökonomischen Krise des Landes Schuldigen, eine Verkleinerung des Partei- und Staatsapparates und zuverlässige Informationen über die wirtschaftliche und politische Situation des Landes durch die Massenmedien. Zu offener Kritik am bestehenden politischen System kam es jedoch nur „sporadisch“.³⁹

Arbeitsniederlegungen und Protestversammlungen fanden nach dem 12. Dezember 1970 nicht nur an der polnischen Ostseeküste, sondern auch in anderen Landesteilen statt. Sie führten jedoch nicht zu regulären Streiks. Versuche in Kraków, Walbrzych und Białystok, mit Straßenmanifestationen die streikenden Arbeiter an der Küste zu unterstützen, vereitelte die Miliz schnell.⁴⁰

Von Gomułka zu Gierek

Über die Arbeiterstreiks und die blutigen Straßenzusammenstöße mit den Sicherheitskräften an der Küste wurde die Bevölkerung tagelang nicht offiziell

34 Abgedr. in : Beata Chmiel/Elżbieta Kaczyńska (Hrsg.): Postulaty 1970-71 i 1980: materiały środkowe do dziejów wystąpień pracowniczych w latach 1970-1971 i 1980 (Gdańsk i Szczecin), Archiwum Solidarność [Die Forderungen 1970-71 und 1980: Zentrale Materialien zur Geschichte des Auftretens der Arbeiter in den Jahren 1970-71 und 1980 (Gdańsk und Szczecin), Solidarność-Archiv], Warszawa 1998, S.27.

35 Grudzień (Paris), S.437.

36 Ebenda, S.438.

37 Ebenda, S.437.

38 Siehe Głowacki, Kryzys, S.163.

39 Ebenda, S.165.

40 Siehe Paczkowski, Strajki, S.91.

informiert. Erst am 17. Dezember erschien auf der ersten Seite des Zentralorgans der PVAP „Trybuna Ludu“ eine Meldung der Polnischen Presseagentur (PAP) zur Situation in Gdańsk, in der die Schuld an den Ereignissen den Arbeitern zugewiesen wurde. Am selben Tag trat Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz im Radio und Fernsehen auf. Die aktuelle Lage, so führte er in seiner Ansprache aus, sei „für den Staat und die Existenz der Nation“ von grundlegender Bedeutung. „Feindliche Kräfte“ hätten versucht, „neue Herde der Anarchie zu schaffen, den normalen Rhythmus der Arbeit zu stören, das Leben des Landes zu desorganisieren“. Hinsichtlich der Preisänderungen versprach er: „Wir werden über alle diese Fragen weiter reden und diskutieren, aber in einer Atmosphäre der Ruhe und des normalen Lebens.“⁴¹ Den Text seiner Rede hatte wenige Stunden zuvor das Politbüro diskutiert und bestätigt.⁴² Das war faktisch die letzte Beratung des Gremiums, an der Władysław Gomułka teilnahm. Auf der Sitzung am nächsten Tag war er nur noch wenige Minuten anwesend.

Die sowjetische Führung hatte die Ereignisse im Nachbarland mit Besorgnis verfolgt. Laut Piotr Kostikow erreichten die ersten Nachrichten Moskau am frühen Nachmittag des 14. Dezember. Die KPdSU-Spitze hätte, so Kostikow, vor allem „zwei grundlegende Fragen“ interessiert: „ob die Gdańsker Demonstration sich auf das Land ausbreitet und ob die Straßenunruhen politischen, vor allem antisowjetischen Charakter annehmen“. Am 16. Dezember sei die sowjetische Führung zu der Auffassung gekommen, dass „keine unmittelbare Gefahr“ des Ausbrechens Polens aus dem Bündnis bestehe. KPdSU-Generalsekretär Leonid I. Brežnev wurde beauftragt, sich telefonisch mit Gomułka in Verbindung zu setzen. Dieses Telefonat fand am 17. Dezember statt, nachdem das Massaker in Gdynia bekannt geworden war. Brežnev habe Gomułka die Rücknahme der Preiserhöhung vorgeschlagen und ihn im Namen der KPdSU-Führung gebeten, politische Lösungen zu finden. Doch habe Gomułka seine Meinung „nicht um ein Jota“ geändert. Damit sei das Schicksal des PVAP-Chefs entschieden gewesen. Alle Versammelten hätten „wortlos“ übereingestimmt, dass „Gomułka endgültig die Möglichkeit verlor, die Partei zu leiten“.⁴³

Einen Tag später, am 18. Dezember, sandte das KPdSU-Politbüro an das Politbüro der PVAP einen Brief, in dem die sowjetische Parteiführung ihre Sorge über die Lage in Polen ausdrückte und auf „konkrete Schritte und Vorhaben politischer und ökonomischer Natur“ drängte. Diese sollten „möglichst schnell“

41 Apeluujemy o obywatelską odpowiedzialność i rozważę [Wir appellieren an die staatsbürgerliche Verantwortung und Besonnenheit], in: Trybuna Ludu, 18.12.1970, S.1.

42 Von dieser Sitzung gibt es nur eine Notiz von Stanisław Trepczyński. Siehe Eisler/Trepczyński, Grudzień 70, Nr. 3, S.100-102.

43 Kostikow/Roliński, Widziane z Kremla, S.129, 135, 142.

unternommen werden, um die Lage unter Kontrolle zu bringen⁴⁴ – eine ziemlich offene Aufforderung, Gomulka abzusetzen.

In der Nacht zum 19. Dezember flogen dann Franciszek Szlachcic sowie die Abteilungsleiter des ZK Stanislaw Kania und Edward Babiuch zum 1. Sekretär des Wojewodschaftskomitees Edward Gierek nach Katowice. Sie teilten ihm mit, dass er als neuer 1. Sekretär des ZK der PVAP vorgesehen sei. Gierek selbst meinte rückblickend dazu, er habe eine „gewisse Befriedigung“ gefühlt, dass „mit meiner Person die Hoffnung verbunden wird, den Konflikt zu bannen. Zugleich war ich mir der gewaltigen Verantwortung bewusst, die mit dieser Funktion verbunden ist.“⁴⁵

Am 19. Dezember beriet das Politbüro ausführlich die schwierige Lage im Land und in der Partei.⁴⁶ Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz informierte über den Brief der KPdSU-Führung vom Vortag. Mehrere Redner gestanden ein, hinsichtlich der Preisveränderungen die Lage falsch eingeschätzt zu haben. So erklärte Stanislaw Kociolek, der am 12. Dezember auf der Parteiversammlung in der Gdańsker Werft anwesend gewesen war: „Die Stimmung dieser Versammlung zeugte deutlich davon, dass zwischen den im Brief des Politbüros enthaltenen Ansichten und Einschätzungen und den Ansichten und Erwartungen der Parteiorganisationen ein Abgrund besteht.“⁴⁷ Nach kontroverser Diskussion legte das Politbüro fest, dass Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz und der CRZZ-Vorsitzende Ignacy Loga-Sowiński einen Vorschlag zur Erhöhung der Löhne und Renten um etwa sechs Milliarden Zloty ausarbeiten sollten. Um 13.00 Uhr am folgenden Tag sollten sie diesen auf einer erneuten Politbürositzung vorlegen. Ausführlich diskutierte das Gremium auch die Nachfolge von Wladyslaw Gomulka. Es beschloss, dem Zentralkomitee Edward Gierek zur Wahl vorzuschlagen und das 7. ZK-Plenum als geschlossene Sitzung für den nächsten Tag um 18.00 Uhr einzuberufen. Zwei Stunden später sollte Gierek sich über Fernsehen und Radio mit einer Ansprache an die Bevölkerung wenden.⁴⁸

Wie vorgesehen, fand am 20. Dezember 1970 mittags eine Sitzung des Politbüros statt und nahm Vorschläge an, Löhne, Beihilfen und Renten um insgesamt etwa 6,5 Milliarden Zloty anzuheben. Außerdem berichtete Cyrankiewicz über einen Besuch am selben Tag bei Gomulka, bei dem dieser mündlich seinen Rücktritt als 1. Sekretär des ZK erklärte hatte.⁴⁹

44 Siehe Tajne dokumenty Biuro Politycznego. PRL – ZSRR 1956-1970 [Geheime Dokumente des Politbüros. VPR – UdSSR 1956-1970], eingel. von Andrzej Paczkowski, London 1998, Dok. 46, S.661f. (dort a.d. Russ. übersetzt).

45 Edward Gierek: Smak życia. Pamiętniki [Der Geschmack des Lebens. Erinnerungen], Warszawa 1993, S.85.

46 Siehe Protokoll Nr. 16 der Sitzung des Politbüros des ZK der PVAP vom 19. Dezember 1970, 14.20 Uhr, in: Tajne dokumenty, Grudzień 1970, Nr. 11, S.86-107.

47 Ebenda, S.88.

48 Siehe ebenda, S.107.

49 Protokoll Nr. 20 der Sitzung des Politbüros des ZK der PVAP am 20. Dezember 1970 (13.00 Uhr) in: Antoni Dudek/Aleksander Kochański/Krzysztof Persak (Hrsg.): Centrum władzy. Protokoły posiedzeń kierownictwa PZPR. Wybór z lat 1949-1970 [Das Macht-

Auf der nachfolgenden 7. Tagung des Zentralkomitees⁵⁰ sprach Stanislaw Kociolek für das Politbüro über die Ereignisse der vergangenen Woche, vor allem in Gdańsk. Erheblichen Raum nahm in der Rede eine erste kritische Analyse der ökonomischen und sozialen Ursachen der Krise ein. Quelle der Arbeiterproteste seien vor allem jene Entscheidungen gewesen, „die die Sphäre der wirtschaftlichen und sozialen Fragen betrafen, Entscheidungen, die nicht mit gebührender Berücksichtigung der Meinung der Arbeiterklasse getroffen wurden, die manchmal deren Standpunkt ignorierten, Entscheidungen, die oft Vorbehalte und Unzufriedenheit weckten“. Bei den Preisänderungen habe es sich um den sprichwörtlichen Tropfen gehandelt, der das Fass zum Überlaufen brachte und die Arbeiterproteste auslöste. In der Partei sei eine „tiefe Krise, eine Krise des Unglaubens“ an die Fähigkeit der Parteiführung entstanden, Polen aus der schwierigen wirtschaftlichen Situation herauszuführen.⁵¹

Ministerpräsident Cyrankiewicz informierte auf dem Plenum über die zuvor vom Politbüro beschlossene Lohn-, Beihilfen- und Rentenanhebung und schlug vor, dass Vertreter des CRZZ, des Zentralkomitees und der Regierung einen entsprechenden Beschluss ausarbeiten sollten.⁵² Zugleich unterbreitete er den „einmütigen“ Vorschlag des Politbüros, Edward Gierek zum 1. Sekretär des Zentralkomitees der PVAP zu wählen, was nach kurzer Diskussion einstimmig erfolgte. Mehrere Personen wurden aus dem Politbüro und dem Sekretariat des Zentralkomitees abberufen, darunter der bisherige Wirtschaftssekretär Boleslaw Jaszczuk. Nach seiner Wahl übernahm Edward Gierek die Tagungsleitung. In seiner ersten Rede als neuer Parteichef betonte er, es gehe darum, aus eigener Kraft, möglichst schnell und vor allem mit politischen und ökonomischen Mitteln im Land Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und in den Betrieben die normale Arbeit wieder aufzunehmen. Gierek kündigte zudem an, dass sich die Parteiführung mit generellen Problemen beschäftigen müsse. „Ich denke hier an eine Konzeption unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik, den neuen 5-Jahrplan, der die weitere Entwicklung des Landes gestützt auf eine gründliche Analyse unserer Ressourcen und Möglichkeiten umreißen und dabei ein stufenweises Wachstum des Lebensstandards der arbeitenden Massen sichern muss. [...] Ich bin mir im Klaren, dass es leichter ist, diese Aufgabe zu formulieren, als sie zu verwirklichen. Dennoch müssen wir diese Aufgabe angehen.“⁵³ Schon hier klang an, dass die neue Führung der PVAP unter Edward Gierek eine Wirtschafts- und Sozialpolitik anstreb-

zentrum. Protokolle der Sitzungen der PVAP-Führung. Auswahl aus den Jahren 1949-1970] Warszawa 2000, Dok. 136, S.408-410.

50 Siehe Stenogramm des VII. Plenums des ZK der PVAP. 20. Dezember 1970 (Auszüge), in: *Tajne dokumenty*, Grudzień 1970, Nr. 12, S.107-125.

51 Siehe ebenda, S.107-116, Zitate S.113f.

52 Die als „nicht autorisiert“ gekennzeichnete Rede von Cyrankiewicz siehe ebenda, S.116-119.

53 Siehe *Tajne dokumenty*, Grudzień 1970, S.121-125, Zitat S.124.

te, in der soziale und wirtschaftliche Belange enger als bisher miteinander verbunden werden sollten.

Entsprechend dem Beschluss, trat Edward Gierek noch am Tage seiner Wahl mit einer Rundfunk- und Fernsehrede vor die polnische Bevölkerung. Er zeigte Verständnis für die Unzufriedenheit und auch für die Protestaktionen der Arbeiter. Die Ereignisse der letzten Woche hätten die ganze Gesellschaft tief erschüttert, Menschen seien umgekommen. „Warum kam es zu diesem Unglück? Wie wuchsen so scharfe gesellschaftliche Konflikte heran und warum schwollen sie an? [...] Es ist unsere, der Führung von Partei und Regierung, Pflicht, der Partei und der Nation eine volle Antwort auf diese Fragen zu erteilen. Das wird eine schwere und selbstkritische Antwort, aber sie wird klar und wahrhaftig sein.“ Dennoch ließ Gierek keinen Zweifel an seiner kritischen Haltung gegenüber den Formen, in denen sich der Widerstand der Arbeiter geäußert hatte. Ihr Vorgehen sei „voll großer Gefahr für das Land“ gewesen und „von den Feinden des Sozialismus, von asozialen und verbrecherischen Elementen“ ausgenutzt worden. Das hätte auf „entschiedenen Widerstand“ treffen müssen.⁵⁴ Damit rechtfertigte der neue Parteichef faktisch das teils brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die protestierenden Arbeiter. Gierek kündigte an, dass „im Verlaufe der nächsten Tage“ die Möglichkeit geprüft werde, die „materielle Lage der am niedrigsten verdienenden und kinderreichen Familien, die im Ergebnis der jüngst vorgenommenen Preisveränderung in ihren Budgets die Einbuße am meisten spürten“, zu verbessern.⁵⁵

Am 22. Dezember tagte erstmals nach Giereks Wahl das PVAP-Politbüro und beschloss, mit „Rücksicht auf den Ausnahmecharakter der Streiks“, den daran beteiligten Arbeiter den vollen Lohn für die Streiktage zu zahlen. An die Belegschaften sollte aber appelliert werden, „die Verluste, die die Volkswirtschaft erlitten hat, abzarbeiten.“ Das Politbüro beriet auf dieser Sitzung auch erste sozialpolitische Vorhaben. So sollten unter anderem Vorschläge erarbeitet werden, um die Lebensmittelpreise, mit Ausnahme saisonabhängiger Produkte, für mindestens zwei Jahre einzufrieren. Im Mittelpunkt stand jedoch die geplante differenzierte Anhebung von niedrigen Löhnen und Renten sowie von Familienbeihilfen.⁵⁶

Den entsprechenden Beschluss fassten der Ministerrat und der CRZZ dann am 30. Dezember 1970.⁵⁷ Die zur Umsetzung vorgesehenen Mittel betragen 7,4 Mrd. Złoty jährlich und überstiegen damit die ursprünglich vorgesehenen 6,5 Mrd. Złoty um beinahe 14 Prozent. Als Grund hierfür wurden die „Konsultationen“ angegeben, die Ende Dezember in 106 Großbetrieben des Landes stattge-

54 Siehe Przemówienie radiowo-telewizyjne tow. Edwarda Gierka [Rundfunk- und Fernsehrede von Gen. Edward Gierek], in: Nowe Drogi, 1971, H. 1, S.7-10, Zitate S.7, 9.

55 Ebenda, S.8.

56 Siehe Protokoll Nr. 22 der Sitzung des Politbüros des ZK der PVAP am 22. Dezember 1970, in: Dudek/Kochański/Persak, Centrum władzy, Dok. 138, S.131-135, Zitat S.131.

57 Abgedr. in: Trybuna Ludu, 1.1.1971, S.4, sowie in „Monitor Polski“, 1970, Nr. 44.

funden hatten. Man habe dort vorgebrachte Forderungen berücksichtigt, die „vor allem darauf abzielten, größere Mittel auf die Verbesserung der Lage der am schwächsten situierten, kinderreichen Familien zu verlagern“.⁵⁸ Ganz offensichtlich hatten damit Parteiführung und Regierung trotz der damit verbundenen ökonomischen Risiken dem Druck aus den Betrieben nachgegeben. Am 8. Januar 1971 wurden dann die Preise für Grundnahrungsmittel (mit Ausnahme von Saisonartikeln) für die Jahre 1971 und 1972 eingefroren.⁵⁹ Das erfolgte allerdings auf dem Preisniveau nach dem 12. Dezember 1970; eine Rücknahme der Erhöhungen, wie sie die Arbeiter an der Küste gefordert hatten, war damit also nicht verbunden.

Sofort nach der Wahl Giereks unternahm die neue PVAP-Führung auch außenpolitische Aktivitäten, um die Verbündeten zu beruhigen. Noch am 20. Dezember 1970 beschloss das Politbüro auf einer Abendsitzung, „die Führungen der kommunistischen Bruderparteien über die mit dem VII. Plenum des ZK verbundenen Probleme zu informieren“.⁶⁰ Bereits im Januar 1971 reisten Gierek und Jaroszewicz in die Sowjetunion, die DDR und die ČSSR. Am 5. Januar führten beide Politiker in Moskau ein mehrstündiges Gespräch mit KPdSU-Generalsekretär Brežnev. Dieser äußerte zwar Verständnis für die Situation der Polen, ließ jedoch keinen Zweifel daran, dass aufgrund der eigenen Schwierigkeiten die Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Unterstützung eingeschränkt waren. Bei ihrem Besuch in Moskau sei es den PVAP-Vertretern aber gelungen, die Situation geschickt auszunutzen, schätzte Piotr Kostikow rückblickend ein. „Sie begannen, viele schwierige Sachen anzupacken, die wohl nicht durchzudrücken gewesen wären, hätte es nicht die Gefahr der gesellschaftlichen Unzufriedenheit gegeben.“⁶¹ Auch beim Besuch in der DDR am 11. Januar ging es nicht zuletzt um Wirtschaftshilfe für Polen.⁶²

Die Mehrheit der polnischen Bevölkerung nahm die personellen Veränderungen in der PVAP-Führung und die von Gierek gleich nach seiner Wahl angekündigten Veränderungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik offensichtlich mit Zustimmung auf.⁶³ Es gab zwar noch kleinere Streiks und Protestaktionen,⁶⁴ doch

58 Marek Piątkowski: Pomoc państwa dla pracowników i rencistów o niskich dochodach [Die Hilfe des Staates für Beschäftigte und Rentner mit niedrigen Einkommen], in: Praca i Zabezpieczenie Społeczne [Arbeit und Sozialversicherung], 1971, Nr. 2, S.1-5, hier S.2.

59 Siehe Trybuna Ludu, 9.1.1971, S.1.

60 Protokoll Nr. 21 der Sitzung des Politbüros des ZK der PVAP am 20. Dezember 1970 (21.00 Uhr), in: Dudek/Kochański/Persak, Centrum władzy, Dok. 137, S.411f., hier S.412.

61 Kostikow/Roliński, Widziane z Kremla, S. 151. Laut Kostikow wurde zugesagt, Getreide, Konserven und Rohstoffe zu liefern und umfangreiche Bestellungen bei polnischen Werften zu tätigen.

62 Siehe dazu Mieczysław Tomala: Deutschland – von Polen gesehen. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1945-1990, Marburg 2000, S.492-495.

63 Siehe dazu die geheime Information des Innenministeriums vom 22. Dezember, in: Eisler, Grudzień 1970 w dokumentach MSW, Nr. 19, S.92-97.

64 Siehe z. B. die Information des Innenministeriums zur Lage im Land vom 11. Januar 1971, in: ebenda, Nr. 22, S.105-109.

schien es, als habe die neue PVAP-Führung die Lage im Land stabilisieren und die Unterstützung nicht weniger Arbeiter und anderer Teile der Bevölkerung gewinnen können.

Neue Streiks

Noch im Januar 1971 sollte sich jedoch zeigen, wie instabil die Situation im Lande und vor allem an der Küste weiterhin war. Schon am 11. des Monats registrierte das Innenministerium, dass in der Dreistadt (Gdańsk-Gdynia-Sopot) die Atmosphäre unter den Arbeitern „voller Spannungen“ wäre.⁶⁵ In der zweiten Januarhälfte schwoll die Streikwelle dort erneut an, und am 18. und 20. des Monats stand der Verkehr für einige Stunden still.⁶⁶ Zur Situation in Szczecin stellte das Innenministerium am 11. Januar u. a. fest: In der Warski-Werft werde diskutiert, dass die Forderungen der Werftarbeiter ignoriert worden seien, auch würden „unablässige Gerüchte über verschiedene Termine eines neuen Streiks“ kursieren.⁶⁷ Auf der gleichfalls am 11. Januar in Anwesenheit von Vizepremier Franciszek Kaim stattfindenden Versammlung des „gesellschafts-politischen Aktivs“ der Werft wurde kritisiert, dass in der Presse die Ereignisse vom Dezember nicht wahrheitsgetreu dargestellt worden wären, und auf der offenen PVAP-Versammlung der Elektrischen Abteilung der Werft am 15. Januar forderten die Teilnehmer unabhängige Gewerkschaften.⁶⁸

Einen großen Streik löste dann ein Artikel in der Lokalzeitung „Głos Szczeciński“ (Szczeciner Stimme) vom 20. Januar 1971 aus. Er trug den Titel „Die Tat der Belegschaft der Röhrenfabrik“. Darin wurde mitgeteilt, dass in dieser Abteilung der Warski-Werft am Vortag ein Meeting stattgefunden hatte, bei dem die Teilnehmer zur Unterstützung der neuen Parteiführung eine Reihe von Verpflichtungen übernommen hätten, unter anderem, dass die ganze Belegschaft mit über 500 Beschäftigten am Sonntag, dem 24. Januar, arbeiten wolle.⁶⁹ Doch diese Zeitungsmittelung entsprach so nicht der Wahrheit. Weder waren die auf dem Meeting Anwesenden oder die Belegschaft insgesamt nach ihrer Meinung gefragt, noch war auf der Veranstaltung darüber abgestimmt worden. Einen Tag nach dem Zeitungsbericht beschlossen die Teilnehmer einer Kundgebung, die gegen 12.00 Uhr vor dem Verwaltungsgebäude der Warski-Werft stattfand, in den Streik zu treten. Obwohl der Betriebsdirektor Tadeusz Cenkiem den Versammelten versprach, dass in der Presse die unzutreffende Meldung korrigiert werden sollte, beruhigte sich die Situation nicht. Als Interessenvertretung wählten die Streikenden ein 38-köpfiges Streikkomitee mit Edmund Baluka an der Spitze.⁷⁰

65 Ebenda, S.106.

66 Siehe Paczowski, *Pól wieku*, S.396.

67 Siehe Information des Innenministeriums, 11. Januar 1971, S.106.

68 Abgedr. in: *Postulaty 1970-71 i 1980*, S.77-86, hier S.79, 85.

69 Abgedr. in: *Rewolta Szczecińska*, Anhang Nr. 9, S.217f.

70 Siehe Glowacki, *Kryzys*, S.215-217.

Am 23. Januar nahm die streikende Belegschaft der Warski-Werft sechs Forderungen an, die „in bedeutend höherem Grade politischen Charakter“⁷¹ aufwiesen als die vom Dezember 1970. Dazu zählte, die falsche Information über die Verpflichtungen der Röhrenfabrik nicht nur zu berichtigen, sondern auch, die daran Schuldigen zu bestrafen. Außerdem sollten am 23./24. Januar 1971 auf Abteilungs- und Betriebsebene Neuwahlen bei PVAP, Gewerkschaften, Jugendorganisation und Betriebsräten stattfinden. Die neu gewählten Gremien sollten dann die Forderungen vom Dezember 1970 durchsetzen.⁷²

Die Partei- und Staatsorgane der Wojewodschaft reagierten auf den Streik ähnlich aggressiv wie im Vormonat. Erneut sollte der Streik durch Gewalteininsatz beendet werden. Am 22. Januar riegelte ein Milizkordon den Betrieb ab und unterbrach die Lebensmittelversorgung. Infolgedessen mangelte es schon in den Nachtstunden des 22. Januar an Nahrung. Am Morgen des 24. Januar gelang es, Lebensmittel in die Werft zu bringen.

Trotz des konfrontativen Verhaltens der staatlichen und Sicherheitskräfte hatte das Streikkomitee am Abend des 23. Januar einen offenen Brief an Edward Gierek gerichtet. Darin sicherte es dem neuen PVAP-Chef wie auch Ministerpräsident Jaroszewicz die Unterstützung zu. Den Streik, so betonten die Werftarbeiter, hätten diejenigen provoziert, die gegen die Erneuerung des Landes einträten. Dafür müssten sie bestraft werden.⁷³

Nachdem gleichfalls am 23. Januar ZK-Sekretär Jan Szydlak vor dem Sekretariat des ZK einen Bericht über die Lage in Szczecin vorgetragen hatte, beschloss das Gremium auf Antrag von Gierek, in der Stadt ein Treffen mit Vertretern der Werftabteilungen und anderer Betriebe durchzuführen, an dem der Parteichef und Ministerpräsident Jaroszewicz sowie die Direktoren, Abteilungsleiter, Sekretäre der Abteilungs- und Betriebsparteiorganisationen sowie die Vorsitzenden der Betriebs- und der Arbeiterräte teilnehmen sollten. Ein ähnliches Treffen war auch in Gdańsk vorgesehen.⁷⁴ Schon der Teilnehmerkreis zeigt, dass an eine Veranstaltung der Art gedacht war, wie sie seit Giereks Wahl schon mehrfach stattgefunden hatten. Einen Termin legte das Sekretariat nicht fest.

Möglicherweise auch als Reaktion auf den Brief der Werftarbeiter an Gierek vom 23. Januar fiel spätestens in den Vormittagstunden des 24. Januar die Entscheidung, dass Gierek und Jaroszewicz sofort nach Szczecin reisen sollten. Dort angekommen, fuhren beide zusammen mit Verteidigungsminister Wojciech Jaruzelski in das Wojewodschaftskomitee der PVAP, während der auch der Abordnung angehörende Szlachcic sich direkt in die Werft begab. Im Ergebnis

71 Eisler, Grudzień, S.350.

72 Abgedr. in: *Postulaty 1970-71*, S.108f.; siehe auch Glowacki, Kryzys, S.218f.

73 Siehe Glowacki, Kryzys, S.222-227. Ob der Brief der Werftarbeiter die Forderung enthielt, dass Gierek zu ihnen kommen solle, ist unter polnischen Historikern umstritten.

74 Siehe Protokoll Nr. 31 der Sitzung des Sekretariats des ZK der PVAP vom 23. Januar 1971, in: *Tajne dokumenty, Grudzień 1970*, Nr. 16, S.140f.

seiner Verhandlungen mit dem Streikkomitee wurde ein Treffen Giereks und seiner Begleitung mit Werftarbeitern aus allen Abteilungen vereinbart. Die Vorbereitung sollte etwa zwei Stunden dauern. In dieser Zeit überarbeitete das Streikkomitee die bereits mehrfach geänderten Arbeiterforderungen erneut.⁷⁵

Gierek wartete im PVAP-Wojewodschaftskomitee jedoch die gesetzte Frist nicht ab, sondern kam schon vorher in die Werft. Dazu äußerte er sich rückblickend: „Ich ging zur Wache. Dort standen einige mit Ketten, Knüppeln und Brechstangen bewaffnete Werftarbeiter. Als sie uns sahen, kamen sie zu uns, sehr deutlich feindselig eingestellt. Einer fragte: ‚Was wollt ihr? Wer seid ihr?‘ Als ich antwortete: ‚Edward Gierek, erster Sekretär des Zentralkomitees der Partei‘, brachte sie das deutlich in Verlegenheit. Einige liefen sofort zur Wache hin, um mit den Streikchefs zu telefonieren und zu fragen, was sie mit solchen Gästen machen sollen. Nach zehn Minuten öffneten sie die Tore [...] Wir wurden in den großen Konferenzsaal gebracht und gebeten, dass wir geduldig warten, bis die Menschen kommen. Das dauerte reichlich lange, nicht weniger als eineinhalb Stunden.“⁷⁶

„*Helft ihr?*“

Das Treffen mit den Werftdelegierten begann gegen 18.00 Uhr und wurde vom Betriebsfunk in der ganzen Werft übertragen. Im von Werftdirektor Cenquier geleiteten Präsidium waren die Streikenden lediglich durch den Komiteevorsitzenden Baluka vertreten.⁷⁷ Dieser trug die nunmehr zwölf Forderungen des Streikkomitees vor, an deren Spitze jetzt die Senkung der Lebensmittelpreise auf das Niveau vor der Anhebung im Vormonat stand. Die Forderungen endeten mit dem Satz: „Streik ist kein Verbrechen, denn er ist nirgendwo verboten.“⁷⁸

Nach Baluka hielt Gierek eine längere Rede. Er wies auf die vor Kurzem erfolgten Erhöhungen bei Löhnen, Renten und Familienbeihilfen hin, deren Ausmaß der PVAP-Chef mit 8,4 Mrd. Zloty und damit erheblich höher bezifferte, als das der Beschluss vom 30. Dezember vorsah. Darüber hinaus gäbe es keinerlei Reserven für einen raschen Anstieg des Lebensstandards. Ausführlich äußerte sich Gierek zu den Forderungen der Streikenden. Die Rücknahme der Preiserhöhung lehnte er jedoch ab. Hinsichtlich der anderen Forderungen stimmte er der sofortigen Wahl neuer Organe bei den Partei-, Gewerkschafts- und Jugendorganisationen sowie der Arbeiterräte zu. Auch die Schaffung einer bis zu diesen Neuwahlen tätigen Arbeiterkommission akzeptierte er.⁷⁹ Eine Bezahlung der Streikzeit gestand er nur unter der Bedingung der Planerfüllung zu. Gierek versicherte auch, dass der Streik für die Organisatoren und Teilnehmer keine Konsequenzen

75 Siehe Glowacki, Kryzys, S.219f.

76 Janusz Rolicki/Edward Gierek: *Przerwana dekada* [Die abgebrochene Dekade], Warszawa 1990, S.76.

77 Der Wortlaut des auf Tonbändern aufgenommenen Treffens gelangte in den Westen und wurde dort 1971 publiziert. Abgedr. in: *Rewolta Szczecińska*, S.25-147.

78 Ebenda, S.26f.

79 Bei diesen Wahlen schafften es viele Streikaktivisten in die neuen Gremien, Baluka wurde hauptamtlicher Sekretär des Betriebsrates.

haben werde. Erst nach längerer und kontroverser Debatte war er einverstanden, dass die Falschinformation zur Verpflichtung der Röhrenfabrik berichtigt wird; jemanden dafür zu bestrafen lehnte er jedoch ab.⁸⁰ Ministerpräsident Jaroszewicz appellierte an die staatsbürgerliche Verantwortung der Werftarbeiter. Diese sollten bei ihren Forderungen daran denken, „dass andere auch Postulate haben, und richtige, begründete Postulate“.⁸¹

Die Werftarbeiter äußerten sich in der Diskussion mit „viel Groll“.⁸² Sie verlangten Preissenkungen oder Lohnerhöhungen, sprachen über ihre Verdienste und Normen. Mit vielen Details zeigten sie Missstände auf und schilderten teils mit drastischen Worten ihre soziale Notlage. Es gab aber auch Unterstützung für Gierek, der eine Chance erhalten müsse. Nachdem sie sich in den Betriebsabteilungen beraten hatten, beschlossen die Streikenden, den Ausstand vorläufig zu beenden. Damit endete das seiner Art nach in der Geschichte Polens erst- und einmalige Treffen nach mehr als neun Stunden in der Frühe des 25. Januar für Gierek mit einem Erfolg. Von Szczecin aus begab sich Gierek mit seiner Begleitung sofort nach Gdańsk. Dort fand noch am selben Tag ebenfalls ein Treffen mit Arbeitern statt, jedoch schon nicht mehr in einem Betrieb, sondern im Saal des Nationalrates und unter Leitung des Wojewodschaftsparteichefs Karkoszka.⁸³ Dennoch verlief die Veranstaltung, wie Szlachcic einschätzte, „stürmisch, die Kritik [war] noch schärfer, sogar brutal“.⁸⁴ Zum Schluss seiner Rede stellte Gierek die berühmte Frage: „Nun, helft ihr?“⁸⁵

Die Reaktion darauf wird in der Literatur unterschiedlich beschrieben. Klar ist jedoch, dass die Versammelten Giereks rhetorischer Frage nicht so enthusiastisch zustimmten, wie die Propaganda das nachfolgend behauptete. Dennoch wurde das Treffen in Gdańsk zum „größten Erfolg“ Giereks und jenes „Fragment eines Dialogs [...] zum ersten Schlagwort der beginnenden Dekade“.⁸⁶

Nach den Treffen Giereks in Szczecin und Gdańsk flauten die Streiks an der polnischen Küste ab. Doch in der Textilarbeiterstadt Łódź kam es gut zwei Wochen später erneut zu einem ausgedehnten Streik.⁸⁷ Er begann damit, dass am

80 Siehe Rewolta Szczecińska, S.27-49, besonders S.40-48. Die Berichtigung des „Głos Szczeciński“ erschien am 29. Januar. Siehe ebenda, Anhang Nr. 16, S.237.

81 Die Rede von Jaroszewicz siehe ebenda, S.49-60, hier S.54.

82 Głowacki, Kryzys, S.231.

83 Siehe zu dieser Zusammenkunft die kurze Wiedergabe in: Grudzień (Paris), S.104-108.

84 Szlachcic, Gorzki smak, S.166.

85 Grudzień (Paris), S.108.

86 Paczkowski, Pół wieku, S.397. Ähnlich Głowacki: „Diese Losung machte kolossale Furore und brach auf diese Weise die Stimmungen an der Küste.“ Głowacki, Kryzys, S.236.

87 Zum Verlauf der Streiks in Łódź siehe vor allem Krzysztof Lesiakowski: Strajki robotnicze w Łodzi w latach 1957-1980 [Die Arbeiterstreiks in Łódź in den Jahren 1957-1980], in: Ders. (Hrsg.): Opozycja i opór społeczny w Łodzi 1956-1981 [Opposition und gesell-

11. Februar 1971 die Beschäftigten der Abteilung Abfallspinnerei der Baumwollwerke „Julian Marchlewski“ in den Ausstand traten. Auslösendes Moment war die Angst vor einer Lohnsenkung. Diese Gefahr ergab sich für die Arbeiter aus dem soeben bekannt gewordenen aktuellen Lohnverzeichnis. Angesichts der ohnehin schon niedrigen Einkommen der Textilarbeiter, unter denen es sehr viele Frauen gab, drohten ihre „bejammernswerten“ Lebensbedingungen⁸⁸ sich weiter zu verschlechtern. Rakowski vermerkte am 13. Februar anlässlich des Streiks in seinem „Politischen Tagebuch“: „Ich erinnere mich an meinen Aufenthalt in Łódź [...] am Ende des vorigen Jahres. Damals erzählten mir die Genossen vom KD [Komitet Dzielnicowy, Stadtbezirkskomitee – Ch. H.] von der fatalen Situation der Arbeiter von Łódź, unter anderem davon, dass es Arbeiterinnen gibt, die durch Prostitution zuverdienen. Gott!“⁸⁹

Die Textilarbeiter verlangten eine Anhebung ihres Lohnes um 20 Prozent, eine für sie nachvollziehbare Verdienstfestsetzung, eine gerechte Berechnung des Urlaubsgeldes und eine ehrliche Verteilung der Exportprämie. Wenig später forderten sie, zu den Preisen vor dem 12. Dezember zurückzukehren und die Verantwortlichen für die Dezemberereignisse zu bestrafen.

Der Streik in den Marchlewski-Werken weitete sich schnell auf die meisten Baumwollbetriebe der Stadt aus. Nach Schätzungen hatten schon am folgenden Tag, dem 12. Februar 1971, 10.000 bis 12.000 Menschen die Arbeit niedergelegt, darunter 80 Prozent Frauen. Nur noch in drei Baumwollfabriken wurde gearbeitet. Anders als an der Küste bildeten sich in Łódź aber keine formellen Streikkomitees; Streikführer traten spontan hervor. Nur im Baumwollbetrieb „Verteidiger des Friedens“ gab es eine elfköpfige Organisatorengruppe, die einige Aufgaben eines Streikkomitees ausfüllte.

Am 12. Februar versuchte der nach Łódź geeilte Minister für Leichtindustrie Tadeusz Kunicki den Ausstand zu beenden. Er blieb erfolglos, da er die modifizierten Forderungen, die nun vor allem eine Lohnanhebung von nun zehn Prozent und eine Senkung der Preise für Fleisch und Fleischwaren beinhalteten, nicht akzeptierte. Auch dem seit etwa einem Monat amtierenden neuen CRZZ-Vorsitzenden Władysław Kruczek gelang es in der Nacht zum 13. Februar nicht, die streikenden Arbeiter der Marchlewski-Werke zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Stattdessen schloss sich die ganze Belegschaft den Streikenden an und verlangte kategorisch Giereks Kommen oder eine Lohnerhöhung um 250 Złoty. Es kam zu ersten Betriebsbesetzungen.

Angesichts der zugespitzten Lage, über die die Medien aber bis dahin nicht informiert hatten, beschäftigten sich am 13. Februar das PVAP-Politbüro und die Regierung auf einer gemeinsamen Sitzung mit „Schlussfolgerungen“ aus der

schaftlicher Widerstand in Łódź 1956-1981], Warszawa 2003, S.30-41, hier S.33-35; Eisler, Grudzień, S.360f.; Głowacki, Kryzys, S.244-248.

88 Rakowski, Dzienniki 1969-1971, S.361.

89 Ebenda.

Situation in Łódź. Ministerpräsident Jaroszewicz wurde in die Stadt entsandt.⁹⁰ Er absolvierte am 14. Februar zunächst ein vom Politbüro beschlossenes Zusammentreffen mit dem „Partei-, Gewerkschafts- und Jugendaktiv“ aus den 80 größten Betrieben, doch ein „wahres Bild der Situation“⁹¹ gewann er erst am Abend in den Marchlewski-Werken und im Betrieb „Verteidiger des Friedens“.

Das Treffen mit den Arbeitern der Marchlewski-Werke begann um etwa 19.00 Uhr. Nach einer längeren Rede fragte Jaroszewicz, offensichtlich angelehnt an das Vorgehen Giereks in Gdańsk vom Vormonat: „Die Hauptsache ist eure Antwort: Unterstützt ihr die neue Führung? Die Mehrheit im Saal schrie: Wir unterstützen!“ Doch eine sofortige Rückkehr an die Arbeit lehnten die Versammelten ab. Auch bei diesem Treffen sprachen die Teilnehmer aus Łódź teils sehr emotional über ihre schweren Lebens- und Arbeitsbedingungen. Eine Arbeiterin schilderte: „Ich nehme 100 Zł für den Fleischer, kaufe ein halbes Kilo Fleisch, Blutwurst, und Geld ist nicht da (sie beginnt zu weinen, eine Reihe von Arbeiterinnen im Saal weint). Wenn ich schon keine Kraft mehr habe, gehe ich zu unserem Arzt, aber dort hat schon vorher der Leiter angerufen, dass er mir keine Befreiung gibt, denn er hat niemanden, der die Maschinen bedient. [...] Als eine Bekanntmachung aushängt, seine Kinder für das Ferienlager einzuschreiben, gehen wir sofort zum [Betriebs-]Rat. Es erweist sich, dass es schon keine Plätze mehr gibt, sie [die Leiter und Funktionäre – Ch. H.] haben sie unter sich verteilt.“

Es gelang Jaroszewicz weder bei der Zusammenkunft in den Marchlewski-Werken noch bei seinem Besuch in der Baumwollfabrik „Verteidiger des Friedens“ Vertrauen bei den Arbeitern aufzubauen. Der Streik dauerte an und erreichte am 15. Februar seinen Höhepunkt. An diesem Tag beteiligten sich nach Schätzungen etwa 55.000 Arbeiter und damit etwa 60 Prozent der Beschäftigten in den 32 betroffenen Betrieben am Ausstand.

Zur Eskalation kam es, als sich unter den Arbeitern die Befürchtung verbreitete, dass die Staatsmacht den Streik niederschlagen werde. Gegen 19.00 Uhr versammelten sich vor dem Haupttor der Marchlewski-Werke mehrere hundert meist junge Leute. Sie begannen, teilweise unter Alkoholeinfluss, Autos und Straßenbahnen aufzuhalten und die Nachbarstraßen mit Abfallbehältern und Bänken aus dem nahen Park zu blockieren. Wieder kam es zu Zusammenstößen mit der Miliz, in deren Folge drei Milizionäre und eine unbekannte Zahl von Demonstranten verletzt und 30 Personen festgenommen wurden. Erst um etwa 0.30 Uhr kehrte Ruhe ein. Die Demonstranten wurden jedoch von den Arbei-

90 Siehe Protokoll Nr. 34 der Sitzung des Politbüros des ZK der PVAP und des Präsidiums der Regierung vom 13. Februar 1971, in: *Tajne dokumenty*, Grudzień 1970, Nr. 22, S. 202f.

91 Lesiakowski, *Strajki*, S.33. Lesiakowski stützt sich bei seiner Darstellung des Treffens (S.34) vor allem auf einen Bericht des PVAP-Stadtkomitees Łódź, aus dem auch die beiden nachfolgenden Zitate stammen.

tern, die ihren Betrieb besetzt hatten, nicht unterstützt. Stattdessen wurde, wie in den Marchlewski-Werken um 22.00 Uhr angekündigt, der Streik um Mitternacht beendet.

Das Ende der akuten Krise

Bewirkt hatte das Ende des Streiks die Erklärung, die Ministerpräsident Jaroszewicz im Fernsehen über die Rücknahme der Preiserhöhung vom Dezember 1970 abgegeben hatte.⁹² Die entsprechende Entscheidung war vom PVAP-Politbüro und vom Regierungspräsidium auf einer gemeinsamen Sitzung noch am 15. Februar getroffen worden,⁹³ nachdem klar war, dass ihre Versuche, den Streik in Łódź zu beenden, erfolglos geblieben waren. Jaroszewicz äußerte sich rückblickend zu seinen Erfahrungen in Łódź und den daraus gezogenen Schlussfolgerungen: „Vieles habe ich damals in dieser Nachtschicht erlebt und verstanden. Ich verstand auch, dass man entweder den Textilarbeitern die Löhne anheben muss, aber eine solche Variante hätte eine Lawine von Lohnforderungen nach sich gezogen, oder dass man rasch auf die im Dezember vorgenommene Preiserhöhung verzichten muss. Wir hatten keine Reserven für eine solche Entscheidung, ich glaubte jedoch, dass wir uns, wenn wir uns Lohnstreitigkeiten vom Halse schaffen, vorwärtsbewegen. Ich kehrte nach Warschau in der tiefen Überzeugung zurück, dass eine Veränderung der Wirtschaftsstrategie notwendig ist. Auf der Sitzung des Politbüros stellte ich den Antrag zur Rücknahme der Preiserhöhung. Ich erlangte Verständnis, Zustimmung und Unterstützung.“⁹⁴

Beschlossen wurde am 15. Februar, die vor zwei Monaten angehobenen Preise zum 1. März wieder auf das Niveau vor dem 12. Dezember 1970 zu senken, wobei die niedrigeren Preise für einige Industriewaren aufrechterhalten wurden. Auch die am 30. Dezember 1970 als Ausgleich für die Preiserhöhungen gestiegenen Löhne, Familienbeihilfen und Renten blieben in Kraft. Zugleich beschlossen Politbüro und Regierungspräsidium, sich an die KPdSU-Führung und die sowjetische Regierung zu wenden, Polen einen Kredit von bis zu 100 Millionen Dollar zu gewähren. Ziel dessen war, durch Importe die Versorgung mit Lebensmitteln und besonders mit Fleisch und Fleischprodukten zu gewährleisten. Diesen Kredit sagte der sowjetische Ministerpräsidenten Aleksej N. Kossygin Jaroszewicz in einem Telefongespräch zu.⁹⁵

Der Kredit diene aber auch dazu, der PVAP-Führung in ihrer Erklärungsnot beizustehen. Sie hatte mehrfach erklärt, diese Preiserhöhungen nicht zurück-

92 Siehe Przemówienie telewizyjne premiera tow. P. Jaroszewicza [Fernsehrede des Premiers Gen. P. Jaroszewicz], in: Trybuna Ludu, 16.2.1971, S.1.

93 Siehe Protokoll Nr. 35 der Sitzung des Politbüros des ZK der PVAP und des Präsidiums der Regierung vom 15. Februar 1971, in: Tajne dokumenty, Grudzień 1970, Nr. 23, S.204f. Noch am 15.2. fasste der polnische Ministerrat dann den formalen Beschluss über die Rücknahme. Siehe Trybuna Ludu, 16.2.1971, S.1.

94 Piotr Jaroszewicz/Bohdan Roliński: Przerwywam milczenie. 1939-1989 [Ich breche das Schweigen. 1939-1989], Warszawa 1991, S.171.

95 Siehe Tajne dokumenty, Grudzień 1970, S.204, Fußnote 19.

nehmen zu können. Jetzt wurde diese Rücknahme auch mit der Unterstützung seitens der Sowjetunion begründet.⁹⁶

Der Verzicht auf die Preiserhöhung vom Dezember 1970 bewirkte, dass sich die innenpolitische Lage entspannte, auch wenn „in vielen Fabriken und vielen Regionen des Landes noch ein paar Wochen lang stürmische Belegschaftsversammlungen und kurze Streiks stattfanden“. Der etwa zwei Monate andauernde „Streikzyklus“ ging zu Ende.⁹⁷

Die von der neuen PVAP-Führung bis Mitte Februar gemachten sozialen Zugeständnisse belasteten die ohnehin sehr schwierige wirtschaftliche Situation im Land zusätzlich. Doch wenn es nicht gelungen wäre, die Streiks und Proteste zu beenden und ein gewisses Maß an Unterstützung seitens der Bevölkerung zu erreichen, wären die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorhaben, die der neue Parteichef schon in seiner ersten Rede am 20. Dezember 1970 angekündigt hatte, nicht anzupacken gewesen. So gab es für Gierек „keinen anderen Ausweg“⁹⁸ als die Rücknahme der Preiserhöhung vom 12. Dezember 1970.

Die ersten Maßnahmen der neuen PVAP-Führung unter Gierек und die dann auf dem VI. Parteitag im Dezember 1971 beschlossene neue Wirtschafts- und Sozialpolitik, die ähnliche Akzente setzte wie Honecker in der DDR und die Führungen in anderen RGW-Ländern zu Beginn der 1970er-Jahre, waren anfangs durchaus erfolgreich. Doch schon ab 1973/74 spitzte sich die ökonomische und soziale Lage in Polen wieder zu. Wiederum nach angekündigten Preiserhöhungen kam es im Juni 1976 erneut zu massiven Streiks und Protesten der Arbeiter.

96 Siehe dazu z. B. den Kommentar: *W trosce o dobrą społeczność* [In der Sorge um das Wohl der Gesellschaft], in: *Trybuna Ludu*, 17.2.1971, S.1.

97 Paczkowski, *Strajki*, S.91f.

98 Ebenda, S.91.